

**Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****Aktuelle Situation im Amtsgericht Offenbach**

Die Nachlassabteilung des Amtsgerichts Offenbach ist seit langer Zeit Kritik ausgesetzt. So blieben Anrufe und Briefe teilweise wochenlang unbeantwortet. Erbinnen und Erben warten regelmäßig monatelang auf dringend benötigte Dokumente. Im Bericht der „Offenbacher Post“ vom 01.09.2022 „Wie ein schlichter Erbfall Nachlassgericht und Finanzamt in Offenbach überfordert (op-online.de)“ (zuletzt abgerufen am 24.10.2022), wird ein weiterer Fall geschildert. Es wird berichtet, dass ein wohl einfach gelagerter Erbfall die hessische Justiz und Verwaltung massiv überfordert. Herr S. habe im März 2021 ein Testament eines Verwandten beim Offenbacher Nachlassgericht eingereicht. Nach einigen Monaten habe S. eine Aufforderung zur Erbschaftssteuererklärung bekommen. Mit dem Hinweis, dass noch kein Erbschein existiere, habe er die Erbschaftssteuererklärung abgegeben. Einige Wochen später sei der Steuerbescheid zugegangen – innerhalb von 30 Tagen habe die Erbschaftsteuer in fünfstelliger Höhe entrichtet werden sollen. Falls S. nicht zahlen könne, müsse er entweder einen Kredit aufnehmen oder einen Stundungsantrag stellen. Der Anwalt von S. habe bewirkt, dass der Vollzug des Steuerbescheids ausgesetzt wird und erreicht, dass nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Präsidenten des Offenbacher Amtsgerichtes die Testamentsöffnung nach 15 Monaten zugesandt wurde. Auch in der Betreuungsabteilung des Amtsgerichts Offenbach soll es Missstände hinsichtlich der Verfahrensdauer und bei der Vergütung von den Betreuern geben.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Nachlassgericht Offenbach

1. Sind der Landesregierung die seit Jahren bestehenden Missstände beim Offenbacher Nachlassgericht bekannt? Falls ja: Welche?
2. Falls ja: Seit wann ist der Landesregierung die massive Überlastung der Nachlassabteilung im Amtsgericht Offenbach bekannt?
3. Wie lange dauert eine Testamentseröffnung im hessenweiten Durchschnitt?
4. Wie lange dauert eine Testamentseröffnung in Offenbach?
5. Was sind nach Kenntnis der Landesregierung die Gründe für die Verzögerungen in der Bearbeitung?
6. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind derzeit in der Nachlassabteilung in Offenbach beschäftigt bzw. wie viele besetzte Stellen (Vollzeit) gibt es dort?
7. Inwieweit wurde die Nachlassabteilung personell in den letzten zwei Jahren verstärkt?
8. Konnten die vorhandenen Rückstände, unter anderem aufgrund von Corona und Personalabgängen, mittlerweile abgearbeitet werden?
9. Wie schätzt die Landesregierung die Fluktuation und deren Gründe im Nachlassgericht ein?
10. Wie viele Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder den Präsidenten des Nachlassgerichts Offenbachs wurden beim Hessischen Justizministerium seit 2021 gestellt?

11. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass das Nachlassgericht Offenbach ihren Rechtsgewährungsauftrag derzeit hinreichend erfüllt?
12. Wie lange ist die Bearbeitungsdauer eines Online-Erbscheinantrags?
13. Wie häufig wird das Angebot des Online-Erbscheins von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen?
14. Gab es seitens des Amtsgerichts die Empfehlung an die Bürgerinnen und Bürger, Erbscheine über einen Notar zu beantragen?
15. Ist der Landesregierung der Umstand bekannt, ob sich das Amtsgericht seiner Pflichten auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, in Anbetracht der Mehrwertsteuer, Auslagen, Pauschalen beim Notar, entledigt?
16. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Nachlassgericht Offenbach zur Entgegennahme von Telefongesprächen bereit?
17. Wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Serviceeinheiten bei der Registratur und Postbearbeitung von weiteren Unterstützungskräften zugearbeitet?
18. Ist der Landesregierung bewusst, dass es sich für viele Erbinnen und Erben um eine unzumutbare Situation handelt, wenn die Testamentseröffnung eine erhebliche Zeit dauert?
19. Sollte aus Sicht der Landesregierung die Aufforderung zur Erbschaftssteuererklärung erst nach der Testamentseröffnung und Erlangung des Erbscheins erfolgen?
20. Ist der Landesregierung bekannt, dass Verfügungen von Gerichten rückdatiert werden?

Betreuungsgericht Offenbach

1. Wie viele Personen werden in der Stadt und im Kreis Offenbach betreut?
2. Wie lange dauert ein Betreuungsverfahren in Hessen im Durchschnitt?
3. Wie lange dauert ein Betreuungsverfahren in Offenbach im Durchschnitt?
4. Wie funktioniert das Vergütungsverfahren für gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer konkret?
5. Was ist der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum in Hessen, bis die Vergütung nach der Beantragung von der Gerichtskasse an die Betreuerinnen und Betreuer ausgezahlt wird?
6. Was ist der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum im Betreuungsgericht Offenbach hinsichtlich der Auszahlung der Vergütung?
7. Falls die Bearbeitungsdauer im Amtsgericht Offenbach die durchschnittliche Dauer übersteigt: Was sind die konkreten Gründe für die Verzögerungen?
8. Was macht bzw. plant die Landesregierung, um die personelle Situation im Betreuungsgericht zu verbessern?
9. Wie viele Personen sind für die Bearbeitung der Vergütungsanträge zuständig?
10. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die Zahl dieser Personen für eine zügige Auszahlung der Vergütung der Betreuerinnen und Betreuer ausreichend ist?
11. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob das Amtsgericht Offenbach Schulden bei Betreuerinnen und Betreuern, über die durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Rechnungsstellung hinaus, hat?
12. Ist der Landesregierung bekannt, dass es bereits zu Dienstaufsichtsbeschwerden wegen Verzögerungen bei der Auszahlung an Betreuerinnen und Betreuer kam?
13. Gab es in der Vergangenheit Beschwerden beim Justizministerium hinsichtlich der Verzögerung der Auszahlung an Betreuerinnen und Betreuer?
14. Wie und in welchem Zeitraum wurde bezüglich etwaiger Beschwerden Abhilfe geschaffen?

Vergleichbare Probleme in anderen Amtsgerichten

1. Sind der Landesregierung vergleichbare Problemlagen in anderen Amtsgerichten bekannt?
2. Wenn ja: Welche konkreten Probleme und in welchen Amtsgerichten und Abteilungen?
3. Wie sieht die kurz- und langfristige Lösungsstrategie der Landesregierung aus, um diese Probleme zu beseitigen?

Wiesbaden, 26. Oktober 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock